

CVP will Sitz gegen SVP verteidigen

Greppen Judith Lang (CVP) und Eliane Reinmann (SVP) wollen am 25. November zur Gemeinderätin gewählt werden. Trotz unterschiedlichem Erfahrungsrucksack haben sie zu wichtigen Themen eine ähnliche Haltung.

Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch

Nach 20 Jahren ist Schluss: Sozialvorsteherin Roswitha Jenni tritt Ende November zurück. CVP-Parteikollegin Judith Lang-Elmiger (41) will ihren Sitz am 25. November verteidigen. Damit hätten die Christdemokraten weiterhin drei der fünf Sitze im Gemeinderat. Auch die SVP tritt zur Wahl an, dies mit Eliane Reinmann-Ackermann (49). Mit ihr strebt die Volkspartei den zweiten Sitz in der Exekutive an.

CVP-Kandidatin Lang ist verheiratet, Mutter zweier Kinder im schulpflichtigen Alter und gelernte Primarlehrerin. Seit gut drei Jahren sitzt sie in der Grepper Bildungskommission (Biko). Weiter war Lang bis 2017 während fünf Jahren im Vorstand des Clubs junger Eltern in Greppen. Zudem war die gebürtige Vitznauerin von 2009 bis 2014 Präsidentin des Turnvereins Weggis. «Diese Engagements zeigen, dass ich schon lange am Dorfleben interessiert bin und mich für die Gemeinde einsetze», sagt Lang.

Persönlicher Kontakt ist als Sozialvorsteherin wichtig

Ehrenamtlich hatte sich auch SVP-Kandidatin Reinmann in ihrem vorherigen Wohnort in Buchrain während vier Jahren engagiert, dies in der Spielgruppe. «Meine Menschenkenntnis und Sozialkompetenz habe ich mir während meiner 15-jährigen Tätigkeit als Flugbegleiterin angeeignet», sagt sie. Nach abgeschlossener Handelsschule arbeitet die alleinerziehende Mutter nun seit drei Jahren bei der IV-Luzern. «Daher kenne ich bereits die Sorgen, Nöte und Wünsche von älteren Personen, getrennt lebenden Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen als auch Arbeitslosen und Kranken, die ich als Sozialvorsteherin unterstützen dürfte.» Als Sozialvorsteherin würde sie nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» agieren, damit Betroffene möglichst schnell wieder ihren Alltag meistern können.

Auch Judith Lang sagt: «Um den Hilfesuchenden zu wirtschaftlicher und persönlicher Selbstständigkeit verhelfen zu können, würde ich Gespräche suchen und die Person je nach Situation an entsprechende Fachstel-



Das Grepper Gemeindehaus (im Hintergrund) ist ihr Ziel: Judith Lang (CVP, links) und Eliane Reinmann (SVP). Bild: Pius Amrein (14. November 2018)

len vermitteln, um so optimale Lösungen anzustreben.» Wichtig sei ihr zudem eine «aktive, präventive und aufklärende Jugendarbeit sowie gut betreutes Leben im Alter».

Beide wollen moderates Wachstum

Ähnliche Vorstellungen haben Lang und Reinmann auch, wie sie das 1070-Einwohner-Dorf mitgestalten würden. Beide sprechen sich für ein moderates Wachstum und für die Überbauungen Wendelmatte und des Sagi-Areals aus. Auch ein belebtes Dorf ist ihnen ein Anliegen, was etwa mit der

Förderung ansässiger Vereine erreicht werden könne.

Auseinander gehen die Meinungen, inwiefern die Parteizugehörigkeit bei den Wahlen eine Rolle spielt. Eliane Reinmann: «Die Jahrzehnte lange Macht der politischen Mehrheit hat unsere Gemeinde zur Steuerhölle der drei Seegemeinden gemacht, wichtige Bauvorhaben sind blockiert. Die politische Ausgeglichenheit im Gemeinderat ist wichtig, um über verschiedene Ansichten diskutieren zu können.» Um weiterhin eine attraktive Wohngemeinde zu bleiben, sei ein tieferer Steuersatz notwendig.

Diese Haltung teilt Judith Lang nicht. Sie betont, dass es bei Gemeinderatswahlen nicht um die Partei, sondern um die Person geht. «Bei meinen Tätigkeiten in den Vereinen und in der Biko habe ich gelernt, in einem Team aus unterschiedlichen Personen zusammenzuarbeiten und gemeinsam Entscheidungen zu treffen.» Als Biko-Mitglied habe sie zudem bereits mit den Nachbargemeinden Weggis und Vitznau zusammengearbeitet. Das würde sie auch als Sozialvorsteherin tun. «Hier sollen weiterhin gemeinsame Ressourcen genutzt werden.»

Schongau hat grosse Auswahl

Gemeinderatswahl In Schongau kommt es am 25. November zum 2. Wahlgang für den seit Ende Mai vakanten Sitz des zurückgetretenen Sozialvorstehers Herbert Stutz (CVP).

Am meisten punkten konnte beim 1. Wahlgang die parteilose **Melanie Casanova** (44). Das Resultat und den Zuspruch, den sie von vielen Seiten erhalten habe, motivieren die Hauswirtschaftsleiterin nach wie vor «sehr» für das Amt. Sie sei von Natur aus eine Person, die anpackt und mithilft, sagt Casanova, die in einem Hotel gross wurde. So engagiert sie sich etwa bei Schul- und anderen Dorfanlässen und sitzt seit zwei Jahren in der Bildungskommission. «Dort habe ich gelernt, in einem Gremium gemeinsam Entscheidungen zu fällen, die nicht immer im eigenen Interesse sind, ich aber trotzdem dahinter stehen kann», sagt Casanova, die verheiratet ist und drei Kinder im schulpflichtigen Alter hat. Eine konkrete Idee, was sie als Sozialvorsteherin angehen würde, hat sie bereits: «Womöglich eine wöchentliche Sprechstunde einführen. Damit könnte man gewisse Anliegen direkt klären. Somit müssten die Betroffenen nicht extra nach Hochdorf zur Kesch oder zum Sozialberatungszentrum gehen.»



Genügend Heimplätze zur Verfügung stellen

Erneut antreten wird auch **Renate Stutz** (48), die am zweitmeisten Stimmen holte. Stutz will den



CVP-Sitz verteidigen. Erfahrungen im Bereich Soziales hat die verheiratete kaufmännische Angestellte und Mutter zweier schulpflichtiger Kinder bereits: So engagierte sie sich in den vergangenen zwei Jahren in der freiwilligen Integrationsarbeit und Betreuung von Asylanten. Zudem wirkt Stutz im Kreativverein und im Frauenverein mit. Als Sozialvorsteherin

wüsste sie, wo ansetzen: «Wichtig ist es, auf die Bürger und Institutionen zuzugehen, persönlichen Kontakt zu schaffen, zuzuhören und gemeinsam einen Weg zu suchen», sagt Stutz und fügt an: «In Schongau sind Sozialhilfefälle nicht sehr häufig. Umso wichtiger ist es, die Einzelfälle genau zu beurteilen. In speziellen Fällen darf die Gemeinde auch mal etwas mutiger sein, auch wenn dies einen gewissen Mehraufwand bedeutet.» Zudem sei wichtig, dass die Gemeinde im Hitzkirchertal genügend Plätze in Alters- und Pflegeheimen zur Verfügung stellt. «Damit unsere älteren Mitmenschen auch in Zukunft nicht in weiter abgelegene Heime gehen müssen.»

«Kann mit unangenehmen Situationen umgehen»

Auch der parteilose **Patrick Adler** tritt erneut an. Der 46-jährige ist verheiratet, Vater zweier Kinder und lebt seit



sechs Jahren in Schongau. «Ich würde eine unverblühte Sicht von aussen in den Gemeinderat bringen.» Als Präsident des Vereins «Kreativwerkstatt» habe er mehrere Projekte wie den Barfussweg mitrealisiert oder habe Anliegen aus der Bevölkerung umgesetzt, etwa die Wiederbelebung des 1.-August-Brunchs. Adler war früher Braumeister in Grossbrauereien, hat einen Hochschulabschluss in Betriebswirtschaft und arbeitet derzeit als Lebensmittelingenieur. «Ich bin es gewohnt, Budgets zu machen und diese auch einzuhalten.» Und: «Meine berufliche Erfahrung und soziale Engagements haben mich gelehrt, wie man auch mit unangenehmen Situationen umgehen kann. Das A und O ist dabei eine gute Koordination und persönliche Kommunikation mit den Betroffenen – dann entstehen pragmatische Lösungen.» Als Sozialvorsteher würde er sich über die Gemeindegrenzen hinaus vernetzen, um gemeinsame Synergien zu finden, den Auftrag des Kantons umzusetzen und Verantwortung wahrzunehmen. (jon)

Auffahrunfall fordert Verletzte

Sempach Im dichten Morgenverkehr ist es gestern um 6.30 Uhr zu einem Auffahrunfall im Bereich der Autobahneinfahrt Sempach in Fahrtrichtung Süden gekommen. Weil der Verkehr ins Stocken geraten war, musste ein Auto auf dem Überholstreifen bis zum Stillstand abbremsen. Vier nachfolgende Autos konnten nicht mehr bremsen und fuhren auf das stehende Auto auf. Hinter der Unfallstelle kam es zwischen drei Autos zu einer weiteren Auffahrkollision. Zwei Personen verletzten sich dabei leicht, eine Person wurde zur Kontrolle mit einer Ambulanz ins Spital gebracht, wie die Luzerner Polizei in einer Mitteilung schreibt. (pd/mod)

Verband heisst Statuten gut

Region Luzern West Die Delegierten des regionalen Entwicklungsträgers Region Luzern West haben an der Versammlung am Dienstagabend die Revision der Statuten genehmigt. Zum Gemeindeverband gehören die Entlebucher und die Rottaler Gemeinden sowie die Gemeinden der Region Willisau und Wiggertal. Mit der Revision wurde die Aufgabe Wirtschaftsförderung aus den Statuten gestrichen.

Guido Roos, Geschäftsführer des Verbands, sagt auf Anfrage: «Die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist auch künftig eine wichtige Aufgabe des Verbands. Neu werden jedoch sämtliche Aufgaben des Entwick-

lungsträgers ausschliesslich im Aufgabenkatalog umschrieben. Darum wird die Aufgabe Wirtschaftsförderung in den Statuten nicht mehr aufgeführt.» Mit der Revision der Statuten wurde auch die Kündigungsfrist für die Verbandsgemeinden von sechs auf zwölf Monate erhöht.

Förderfonds für die Kultur wird definitiv installiert

Einstimmig gutgeheissen haben die 41 anwesenden Delegierten auch die Installation des regionalen Förderfonds Kultur ab Januar 2019. Die Rückmeldungen zum dreijährigen Pilotprojekt seien grossmehrheitlich positiv gewesen, so Guido Roos. Seit 2016

können Kulturschaffende und Veranstalter der Verbandsgemeinden ihre Gesuche um Unterstützung beim Förderfonds Kultur einreichen. Der Fonds wird gleichteilig durch den Kanton Luzern und die Verbandsgemeinden gespiesen. Pro Kopf zahlen die Gemeinden jährlich 86 Rappen. Angepasst wurde nach der Vernehmlassung zum Pilotprojekt der Rhythmus. So wird neu dreistatt zweimal jährlich über die Gesuche befunden. An der Delegiertenversammlung in Heiligkreuz wurde ausserdem Franzsepp Erni, Gemeindepräsident von Ruswil, neu in die neunköpfige Verbandsleitung gewählt. Er ersetzt Markus Loser. (pd/rt)

GLP präsentiert eigene Aufgaben- und Finanzreform

Vorschlag Die Grünliberale Partei des Kantons Luzern bezeichnet die aktuelle Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 2018 als «schwer durchschaubares Flickwerk». Es widerspreche finanzpolitischen und föderalistischen Grundsätzen teils diametral. Deshalb habe die Partei im Sinne eines konstruktiven Beitrags ein alternatives Konzept erarbeitet.

Wie die AFR18 der Regierung, beinhaltet auch jene der GLP die Kantonalisierung des Wasserbaus und den neuen, den Kanton stärker belastenden Bildungskostenteiler als Kernstücke. Diese beiden Elemente seien sinnvoll, so die Partei.

Komplett neu regeln möchte die GLP die Finanzierung dieser Aufgaben: Sie sollen vom Kanton bezahlt werden. Die von der Regierung vorgeschlagene Kompensation lehnt die GLP auch ab wie die Einrechnung von Mehreinnahmen aus der Steuervorlage des Bundes und der kantonalen Steuergesetzrevision. Laut den Berechnungen der Partei müsste der Kanton seinen Steuerfuss um 0,3 auf 1,9 Einheiten erhöhen, während die Gemeinden ihre Steuerfüsse im Schnitt um 0,3 Einheiten senken könnten. Die Regierung schlägt eine Anhebung beziehungsweise Reduktion um 0,1 Einheiten vor. (nus)